

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Andreae, Britta Haßelmann, Markus Kurth, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Corinna Rüffer, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 18/700, 18/702, 18/1022, 18/1024, 18/1025 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014  
(Haushaltsgesetz 2014)**

**hier: Einzelplan 60  
Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zügig einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die Abgeltungsteuer abzuschaffen, so dass Kapitaleinkommen wieder progressiv wie Arbeitseinkommen besteuert werden.

Berlin, den 23. Juni 2014

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

### **Begründung**

Die erhofften fiskalischen Effekte der Abgeltungsteuer konnten nicht erzielt werden. Die Einnahmen aus der Besteuerung von Kapitalerträgen sind seit der Einführung noch deutlicher gesunken, als schon im damaligen Gesetzentwurf geschätzt. Eine Steuervereinfachung konnte durch die Abgeltungsteuer ebenfalls nicht erreicht werden. Kleinsparer profitieren nicht von der Abgeltungssteuer und sind deshalb auch von ihrer Abschaffung nicht betroffen.

Die unterschiedliche Besteuerung von Finanzkapital auf der einen Seite und Unternehmenserträgen auf der anderen Seite hat zu einer steuerlichen Begünstigung von Fremdkapitalfinanzierung und Spekulation geführt.

Neben den problematischen Verteilungswirkungen werden so auch ökonomisch die falschen Anreize gesetzt. Mit einem Informationsaustausch zwischen Banken und Steuerbehörden wie in anderen Ländern üblich, lassen sich Kapitalerträge heute national ebenso erfassen wie Arbeitserträge. International wird der automatische Informationsaustausch zum neuen Standard werden. Durch eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen in Deutschland wird Lösungen wie anonymen Abgeltungsteuern – wie etwa von der Schweiz vorgeschlagen – auch international eine deutliche Absage erteilt und damit die Durchsetzung des automatischen Informationsaustauschs weiter vorangetrieben.